



ANTWORTEN
von
Alex Bonde
(WK Emmendingen-Lahr)

Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

1. Bis kurz vor meiner Wahl in den Bundestag war ich acht Jahre in der Grünen Jugend Baden-Württemberg aktiv, lange Zeit davon als Landesvorsitzender. Den Bundesverband habe ich mitgegründet und durfte als Mitglied des ersten Bundesvorstandes Aufbauarbeit leisten. Ein Projekt, an dem ich so lange mitgearbeitet habe, liegt mir am Herzen - auch wenn ich die Altersgrenze überschritten habe und nicht in jedem Thema die Ansichten der Nachfolgerinnen und Nachfolger teile. Aber das genau macht den Reiz eines Jugendverbandes ja auch aus.
2. Mit 33 Jahren bin ich der Jüngste in der grünen Landesgruppe und zähle im Bundestag zu den Jungen. Als haushaltspolitischer Sprecher ist für mich die Nachhaltigkeit zentrales Ziel meiner Arbeit. Das ist sowohl Grün, als auch im Interesse der jungen Generation - genau wie im Interesse der älteren und aller nachfolgenden Generationen.
3. Politik erlebt einen Akzeptanzverlust, gleichzeitig verlagert sich die Phase, in der junge Menschen Politik zum ersten Mal erleben, immer weiter nach vorne. Durch altersgemäße Information, dialogische Beteiligungsformen und eigenes Gestalten des Lebensumfelds kann Jugendbeteiligung den Grundstein für eine demokratische Teilhabe legen und die persönliche Entfaltung positiv beeinflussen. Meine politischen Anfänge lagen in Jugendbeteiligungsprojekten (Jugendhearings und Gründungsprozess für einen Jugendgemeinderat). Solche Jugendinitiativen sind jedoch nur ein erster Schritt, um sich einzumischen.
Nach meiner Auffassung müssen wir zu einer Kultur der Jugendbeteiligung kommen, wie sie z.B. in Finnland gelebt wird. Dort sind Jugendbeteiligungsstrukturen seit März 2006 im Jugendrecht verpflichtend, Jugendgemeinderäte in nahezu jedem Ort und die Gesellschaft orientiert sich an Werten wie Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die Finnen wirken durch diese Einbindung z.B. auf das Problem der Landflucht ein: Trotz ländlicher Strukturen bleiben die jungen Menschen im Ort oder kehren nach der Ausbildung zurück.

In Deutschland sind alle politischen Ebenen gefragt, eine Gesellschaft des Mitmachens zu ermöglichen. Jugendbeteiligung und echte Mitsprache muss bereits in der Schule anfangen und auf kommunaler Ebene fortgesetzt werden. Auch Demokratie muss gelernt werden – je früher und je intensiver, desto besser.

4. 1. Energiewende vollziehen – Ausstieg aus der Atomenergie

Es muss beim Atomausstieg bleiben. Eine Debatte über verlängerte Laufzeiten der Atomkraftwerke ist Unsinn. Es handelt sich bei der Atomenergie um keine „Ökoenergie“, wie uns CDU und Stromindustrie gerne glauben lassen würden – die Debatte verstellt auch den Blick auf die notwendige Energiewende. Oberstes Ziel muss Energieeinsparung und Energieeffizienz sein. Wir Grünen haben mit Konzepten wie „Weg vom Öl“, dem Klimaschutzhaushalt und dem Energiesparfonds realisierbare Wege aufgezeigt, wie wir denn Weg hin zu erneuerbaren Energien und effektiven Energiesparmaßnahmen schaffen.

2. Nachhaltiger Haushalt – Konsolidieren und Investieren

Das alte grüne Motto „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!“ ist aktueller denn je. Es gilt nicht nur in der Umweltpolitik, sondern auch in der Finanz- und Haushaltspolitik. Eine ehrliche ökologische Politik muss ihre Forderungen immer mit realistischen Finanzierungsvorschlägen unterlegen und darf nie auf platte Verschuldung und Wachstumsphantasien setzen. Unser Konzept hierzu: Konsolidieren und Investieren. Wir müssen Konsolidieren, damit wir unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit in Zukunft überhaupt noch politischen Gestaltungsspielraum haben. Langfristig müssen sich Einnahmen und Ausgaben des Staates ausgleichen. Generationengerechtigkeit heißt aber auch: Wir müssen in die Zukunft investieren. Vor allem im Bereich der langfristig wichtigen Investitionsfelder liegt hier für mich das Augenmerk: Energie, Klima und Bildung.

3. Zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit stärken

Ein weiteres grünes Alleinstellungsmerkmal ist die Sicherheitspolitik.

Für uns gilt: Krisen verhindern und Konfliktursachen beseitigen geht vor einem bloß militärischem Sicherheitsbegriff. Im Bereich der zivilen Krisenprävention haben wir politische Maßstäbe gesetzt. Diesen Bereich müssen wir weiter voranbringen. Eng verbunden mit der Frage der Krisenprävention ist die Frage der Entwicklungszusammenarbeit. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage und der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen ist die beste Konfliktvermeidung. Hier haben wir in den letzten Jahren auch in der Opposition große Erfolge erzielt, es gibt aber weiterhin viel zu tun. Wir bekennen uns zu den MDG (Millennium Development Goals) und wollen die Entwicklungszusammenarbeit in Qualität und Quantität verbessern. Es braucht mehr Mittel um unser Ziel einer ODA-Quote von 0,7 % zu erreichen.

4. BürgerInnenrechte stärken – Contra den Überwachungsstaat

Im Spannungsverhältnis Sicherheit und Freiheit muss für uns Grüne gelten: In dubio pro Freiheit. Auch wir müssen uns vor terroristischen Bedrohungen schützen. Dies gelingt aber nicht, indem wir unsere offene Gesellschaft durch immer mehr Überwachung grundlegend

in Frage stellen. Die Stärkung der BürgerInnen- und Freiheitsrechte ist unser Ziel. Es gilt, den Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu stärken. Dies gilt besonders im Hinblick auf die Sicherheitsorgane, bei denen es unter Innenminister Schäuble eine fatale Tendenz hin zur totalen Überwachung gab – von der Vorratsdatenspeicherung über die Debatten um Onlinedurchsuchungen, biometrische Daten und Gendatenbanken.

5. Gleichstellung hat für uns Grüne einen hohen Stellenwert. Wir müssen Gender Mainstreaming in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen konsequent leben und weiterentwickeln. In meiner politischen Praxis sind dabei vor allem zwei Bereiche wichtig: In der Haushaltspolitik kämpfe ich für Gender Budgeting. Auch Haushaltspolitik muss immer die Auswirkungen auf die Geschlechterperspektive im Auge behalten und bei allen Maßnahmen und der Verteilung der Mittel im Auge behalten, welche Auswirkungen dies auf die Frage der Gleichstellung hat. Geschlechtergerechtigkeit ist gerade in der Haushaltspolitik ein Querschnittsthema. Der zweite wichtige Bereich ist die internationale Politik. Gerade bei der Entwicklungszusammenarbeit und auch der Sicherheitspolitik brauchen wir zielgerichtete Maßnahmen, um die Benachteiligung von Frauen zu beseitigen bzw. deren Situation zu verbessern. Frauen sind gerade in Konflikten meist am stärksten betroffen. Und die Erfahrung zeigt: Gerade bei entwicklungspolitischen Fragen haben Ansätze, die sich an Frauen richten und Gleichstellung verfolgen, die positivste und größte Wirkung.
6. Sieben Jahre nach der Einführung der Eingetragenen LebenspartnerInnenschaft ist der Prozess der Gleichstellung noch immer nicht vollzogen. LebenspartnerInnen haben die gleichen Pflichten wie Ehepaare, aber noch immer nicht alle Rechte. Dies gilt es dringend und umfassend zu korrigieren. Ich unterstütze die Vorschläge der grünen Bundestagsfraktion, die gezeigt haben, auf welchem Wege man die bestehende Ungleichbehandlung abbauen kann.
7. Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Sicherungssysteme hat eine hohe Dringlichkeit, gerade auch vor der sich abzeichnenden demographische Entwicklung. Die BezieherInnen von niedrigem Einkommen müssen von den Sozialabgaben entlastet werden. Mit dem Grünen Progressivmodell haben wir dafür eine Lösungsmöglichkeit vorgelegt. Die Individualtransfers müssen reformiert werden, um den Menschen bessere Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Es ist dringend notwendig, die Regelleistungen für die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II an existenzsichernden Kriterien zu bemessen. Daher unterstütze ich eine Erhöhung auf 420 Euro, deren Finanzierbarkeit wir in den Haushaltsberatungen gefordert und belegt haben. Ebenso müssen wir auch die Regelleistungen für Kinder erhöhen. Im Bereich der Rentenvorsorge haben wir in der Regierungszeit mit der staatlichen

Förderung privater Vorsorge (Riester-Rente) einen wichtigen Baustein entwickelt. Um Altersarmut zu verhindern, darf private Altersvorsorge aber nicht auf staatliche Leistungen angerechnet werden. Innerhalb der Bundestagfraktion arbeiten wir gerade an Modellen, die die gesetzliche Rente als relevante Alterssicherung stärken soll, indem auch GeringverdienerInnen und Personen mit unsteter Erwerbsbiografie ein angemessenes Alterseinkommen gewährleistet wird.

Der Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt neben einer verlässlichen Absicherung vor allem über Bildung und Förderung und über den Zugang zu existenzsichernder Arbeit. Der Aspekt der Teilhabegerechtigkeit spielt hier eine große Rolle.

Der Zugang zu guter Bildung muss abgelöst werden vom Geldbeutel des Elternhauses. Wir müssen viel stärker in die Bildung investieren. Dabei stehen Schule, Ausbildung und Studium scheinbar im Vordergrund, aber gerade unter dem Aspekt des „lebenslangen Lernens“ müssen wir Bildung viel stärker als bisher als Investition in die Zukunft und Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit sehen.

8. Mit unserem Konzept des Zukunftshaushalts zeigen wir grünen HaushälterInnen, wie ökologisch sinnvolles Haushalten und klimawirksame Maßnahmen gestärkt werden können. Die Kernfrage ist, wie wir allen Menschen die notwendigen Investitionen ermöglichen, die es für „Weg vom Öl“ (=Erneuerbaren Energien) ebenso braucht wie für die meisten Maßnahmen bei Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Mit dem Konzept wollen wir u. a. einen Stromsparmögensfonds und Energiesparchecks einführen, die die Anschaffung energiesparender Geräte, gerade für WenigverdienerInnen und EmpfängerInnen von Sozialleistungen, fördert und ermöglicht. Energiesparen und Energieeffizienz ermöglichen es, gleichzeitig ökologischen und sozialen Herausforderungen zu begegnen. Durch den Stromsparmögensfonds wird der Zugang zu Energiemaßnahmen für alle erleichtert und gleichzeitig ein Marktpuls für energetisch effizientere Technologien und Produkte gesetzt. Durch den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen (wie z.B. die Steuerbefreiung für Flugbenzin oder die Ausnahmen bei der Ökosteuer) und die Einnahmen aus einer konsequenten Versteigerung von Emissionszertifikaten ließe sich dies sozialverträglich finanzieren und umsetzen.

9. Das grüne Grundsatzprogramm definiert zu Recht verschiedene Gerechtigkeitsperspektiven: Generationengerechtigkeit, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, Teilhabegerechtigkeit, sozialer Ausgleich und internationale Gerechtigkeit. In der politischen Praxis gilt es, diesen differenzierten Gerechtigkeitsbegriff durch politische Programme zu verwirklichen.

In der Haushaltspolitik ist die Beachtung aller Gerechtigkeitsdimensionen notwendig, aber gerade die Generationengerechtigkeit ist hier ein zentrales Thema. Ich arbeite mit anderen jungen Abgeordneten an fraktionsübergreifenden Initiativen, um Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, damit es als Querschnittsthema in allen Politikbereichen Einzug halten kann. Unsere grüne

Haushaltspolitik unter dem Motto „Konsolidieren und Investieren“ will ebenso den Ausgleich schaffen zwischen verantwortungsvollem Konsolidieren und Investitionen in die Zukunft (siehe auch Frage 4.2).

Unsere Arbeit zur Gleichstellung der Geschlechter ist sehr wichtig (siehe Frage 5), aber auch die echte Gleichbehandlung von LebenspartnerInnenchaften muss umgesetzt werden (siehe Frage 6).

Teilhabeerechtigkeit ist ein bedeutendes Ziel: JedeR muss die Chance haben, sich in die Gesellschaft einzubringen, und niemand darf abgestempelt, ausgegrenzt und an die Seite gestellt werden. Zentraler Schlüssel dafür ist die Durchlässigkeit von Bildungssystemen und der Zugang zur Bildung (siehe Frage 7). Die skandinavischen Länder sind ein gutes Vorbild. In einer globalisierten Welt ist der internationale Aspekt von Gerechtigkeit auf mehreren Politikfeldern wichtig. Intelligente Formen der zivilen Entwicklungshilfe und - im Zusammenhang mit Afghanistan und anderen Krisengebieten – eine Ausweitung ziviler Wiederaufbaubemühungen halte ich für entscheidend, um Konflikte zu lösen (siehe Frage 4.3). Auch im Bereich der Wirtschaft ist der Gedanke der Einen Welt zwar nichts neues, doch noch lange nicht gelöst. Eine gerechte Entlohnung und nachhaltige Produktionsweisen müssen genauso umgesetzt werden wie eine gerechte Handels- und Finanzpolitik. Eine faire Migrationspolitik in Europa, aber auch in Deutschland ist ein weiterer Pfeiler für eine zunehmend gerechtere Welt.

10. (Da ich in der grünen Bundestagsfraktion an der Konzeption einer „grünen Bundeswehr“ federführend beteiligt bin, möchte ich diese Frage etwas ausführlicher beantworten.)

Wenn wir die Bundeswehr benötigen, dann für ein klares Aufgabenspektrum:

Stabilisierungseinsätze im Auftrag der Vereinten Nationen auf Basis des Völkerrechtes.

Dabei kann die Bundeswehr aber Konflikte nur eindämmen – die Ursachen bekämpfen und Probleme lösen kann sie nicht. Das kann nur Politik, Diplomatie und Entwicklungsarbeit.

Meiner Meinung nach gibt es folgendes zu tun:

Abschaffung der Wehrpflicht

Die Wehrpflicht hat keine Zukunft. Sie ist unter den heutigen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen die unsinnigste, ungerechteste, und verschwenderischste Form, Nachwuchs für die Bundeswehr zu rekrutieren. Wir müssen diesen verfassungsrechtlich und sicherheitspolitisch unhaltbaren Zustand endlich beenden. Die Wehrpflicht muss weg.

Militärische Kurzausbildung braucht kein Mensch. Es gibt intelligentere und für alle Seiten lohnenswertere Modelle. Dafür müssen die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste in Deutschland ausgebaut werden. Wenn sich keine Mehrheit für eine Änderung des Grundgesetzes findet, so muss die Wehrpflicht zumindest ausgesetzt werden.

Transformation der Bundeswehr

Die nächste Stufe der Reform der Bundeswehr muss folgen. Wir schlagen eine Verkleinerung der Bundeswehr auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten vor. Gleichzeitig muss die Bundeswehr in ihren Strukturen und in ihrer Ausrüstung auf die Aufgabe von

Stabilisierungseinsätzen im Auftrag der Vereinten Nationen ausgerichtet werden. Bisher plant die Bundeswehr nämlich nicht nur für die bekannten und aktuellen Szenarien, sondern möchte eine national omnipotente Armee sein. Neben asymmetrischen Szenarien will sie sich für symmetrische Bedrohungen, den nächsten „großen Krieg“ wappnen. Das ist teurer Unsinn.

Ausrüstung statt Aufrüstung

Die Bundeswehr braucht geeignete Ausrüstung, die zu ihren tatsächlichen Aufgaben passt. In der großkoalitionären Praxis erlebe ich oft das Gegenteil. Die Bundeswehr fördert die Rüstungsindustrie. Es wird gekauft, was gerade entwickelt und gebaut wird, um Produktionskapazitäten auszulasten. Deswegen werden regelmäßig neue Fregatten, mehr U-Boote, Eurofighter, Kampfhubschrauber und Lenkflugkörper gekauft, die keiner nicht braucht. In der Sicherheitspolitik geht es aber um Sicherheit gehen - nicht um Subvention der Rüstungsindustrie. Über stärkere Kooperation mit europäischen Partnern können wir hier viel Geld sparen und gleichzeitig teure überflüssige Strukturen vermeiden. Die finanziellen Ressourcen die in teures Militär-„Spielzeug“ gesteckt werden, wären anderweitig wesentlich besser investiert. In europäischen NATO-Staaten gibt es über 1.000 Kampfflugzeuge und weitere werden bestellt. Wofür brauchen wir die?

Zivile Krisenprävention stärken

Sicherheitspolitik ist in Deutschland viel zu sehr auf den Aspekt des Militärs verengt. Für mich ist Sicherheitspolitik ein Gesamtpaket, das neben der Bundeswehr vor allem Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktprävention, Diplomatie, Staatsaufbau, und Beseitigung von Konfliktursachen umfasst. Eine „Grüne Armee“ muss daher organisatorisch und strukturell in ein Gesamtkonzept eingebunden werden. Daran mangelt es bisher. Der von uns Grünen angestoßene „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ führt unter Schwarz-Rot mittlerweile nur mehr ein Schattendasein. Unsere Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen muss eine bessere und verstärkt nicht-militärische Sicherheitspolitik sein.